

decrypt

zeitschrift für diskussion und praxis

5

Sommer 2009

Bildungsstreik 2009

Interview mit einer Beteiligten

Proteste im Iran

Projekt Zentropa

Neonazis international vernetzt

Die deutsche Rechte nach der Europawahl



Editorial

Hi!

Unerwartet heftige Reaktionen hat unser Kosovo-Artikel in der letzten Ausgabe hervorgerufen. Dort hieß es in einer missverständlichen Formulierung, die Friedensbewegung habe sich 1999 mit der UÇK solidarisiert und für den Kosovo-Krieg ausgesprochen. Gemeint war natürlich nicht „die Friedensbewegung“, sondern das Gros der Anhängerschaft der rot-grünen Bundesregierung – die sich vier Jahre später, während des Irak-Kriegs, medienwirksam als die Avantgarde der „Friedensmacht Europa“ präsentierte. Außerdem möchten wir euch auf die beiden diesjährigen Antifacamps in NRW aufmerksam machen. Das traditionelle Antifacamp kehrt nach dem Gastspiel im vergangenen Jahr im AZ Mülheim zurück ins Druckluft Oberhausen. Weitere Infos finden sich unter www.antifacamp.de. Zum zweiten Mal findet auch das Antifacamp im Rheinland statt. Pikant an der Sache: Beide Camps finden zeitgleich vom 5. bis 9. August statt. Auch wenn man in der traditionell zerstrittenen Szene in NRW von anderem ausgehen könnte: Beide Organisationskreise versichern, dass es sich um ein rein organisatorisches Problem handelt.

Die *decrypt* versucht auf beiden Camps vorbeizuschauen und wird im Herbst über die neuesten Mode-

Inhalt

Editorial	2
Inhalt	2
Interview zum Bildungsstreik 2009	3
Projekt Zentropa - Syndikat Z..	8
Kurzmeldungen	12
„Man suchte die Randalen“	13
Die deutsche Rechte nach der Europawahl.....	16
Interview mit der Bürengruppe Paderborn	18
Nieder mit der islamischen Republik Iran!	22
Rezension: „Das kann man nicht erzählen“	25
Impressum	27
Termine	27

trends, die zurzeit beliebtesten Arbeiterlieder, die unsinnigsten Diskussionen und den schönsten Eklat berichten. Bis dahin wünscht einen sonnigen Sommer,

Eure Redaktion

„Bildung für alle, sonst gibt's Krawalle“

Welche Perspektiven bietet der Bildungsstreik für die Linke?

Vom 15. bis 19. Juni 2009 fand der bundesweite Bildungsstreik statt. Über den Streik, mögliche Perspektiven und das große Ganze sprach die decrypt-Redaktion mit Lisa vom Bildungsstreik-Komitee Bochum.

Der Bildungsstreik erreichte eine hohe Medienpräsenz, auch viele Beteiligte waren positiv überrascht von dem Erfolg. Wie ist dein Fazit?

Lisa: Ich persönlich war ebenfalls überrascht von dem großen Interesse der Öffentlichkeit. Angesichts der Tatsache, dass es schon seit Jahren Proteste gegen die Situation im deutschen Bildungssystem gibt und die Probleme weitestgehend bekannt sind, bin

ich etwas verwundert darüber, dass es nun auf einmal zum Skandal gemacht wird. Ich denke den Erfolg des Bildungsstreikes kann man erst in einigen Monaten beurteilen. Selbstver-



ständig war der Streik erfolgreich in dem Sinne, dass viele Menschen aufmerksam wurden. Ob er jedoch nennenswerte Veränderungen bringt, hängt maßgeblich davon ab, wie sich die „Bewegung“ in Zukunft organisiert. Ich bin sehr gespannt auf das kommende Wintersemester.

Trotz der teilweise hohen TeilnehmerInnenzahlen bei den Demos wurde von vielen Orten berichtet, dass die Masse der Protestierenden hauptsächlich SchülerInnen waren. Wie erklärst du dir das?

Lisa: Ich sehe zwei Aspekte, die meiner Meinung nach dazu beitragen, dass die Studierenden nicht (mehr) für ein anderes Bildungssystem auf die Straße gehen. Zum einen ist es so, dass die meisten Studierenden, die grundsätzlich bereit wären für etwas zu demonstrieren und auch gefühlt nicht einverstanden sind mit dem, was an den Schulen und Hochschulen vor sich geht, bereits an zahlreichen Veranstaltungen zu dem Thema teilgenommen

haben. Diese Studierenden haben bereits 2006 und 2007 demonstriert, haben an Vollversammlungen teilgenommen, Senatssitzungen gesprengt und so weiter. Diese Menschen, die damals noch mitgemacht haben, zahlen heute Studiengebühren und sehen an ihrem Kontostand ganz konkret, dass sie diesen Kampf trotz Engagement verloren haben. Das hat zu Frustration und Gleichgültigkeit geführt.

Entscheidend denke ich ist jedoch die Tatsache, dass die Anzahl der theoretisch aktivierbaren Personen an den Hochschulen gar nicht so hoch ist. Sicherlich haben viele Studierende keine Lust auf Anwesenheitslisten, volle Seminare und Studiengebühren, aber sich wirklich darum zu bemühen, dass sich etwas ändert, halten sie nicht für notwendig. Ich finde das nachvollziehbar, denn wir, die wir an den Unis studieren und bereits auf einen Abschluss zusteuern, sind nicht die, die am meisten von den sozialen Problemen betroffen sind, welche das Schul- und Hochschulsystem hervorrufen. Wir haben den größten Weg erfolgreich hinter uns gebracht und sind am Ende auf der privilegierten Seite rausgekommen. Die Schülerinnen und Schüler, die auf der Straße waren, haben noch viel mehr zu befürchten. Denen ist bewusster, dass das Bildungssystem sozial selektiert, weil sie noch unmittelbar davon bedroht sind.





Studis gelten als unpolitisch und wenig engagiert. Wäre es da nicht sinnvoller die begrenzte Zeit der geringen Anzahl von Linken auf andere, „erfolgsverprechendere“ Bereiche zu konzentrieren? Denn warum sollen die heutigen Studis jemals den Kapitalismus kritisch hinterfragen, wenn sie schon bei dem wenig radikalen Engagement gegen Studiengebühren müde abwinken.

Lisa: Die Frage die sich mir hier stellt ist, was denn „erfolgsversprechendere“ Bereiche sind. Nicht nur Studis sind unpolitisch und engagieren sich ungern. Die Unlust politisch aktiv zu werden und das allgemeine Gefühl, dass politische Partizipation weder sinnvoll noch zielführend ist, ist kein Problem, welches sich nur an Hochschulen abspielt. Es ist richtig, dass

Menschen, die nicht bereit sind sich gegen offensichtliche soziale Ungleichheiten in einem kleinen Bereich der Gesellschaft aufzulehnen, auch nicht anfangen werden das gesamte System an sich in Frage zu stellen. Die weitergehende Frage ist daher, wie man diesen Zustand ändert. Kapitalismuskritik bedarf des Willens und vor allem der Fähigkeit gesellschaftliche Probleme zu analysieren, sie in einen Zusammenhang zu bringen. Im Idealfall führt dies dazu, dass Menschen beginnen außerhalb des Systems zu denken und Alternativen zu entwickeln. Es ist Aufgabe des Bildungssystems die Menschen zu befähigen dies tun zu können. Meiner Meinung nach kann man von den Menschen keine Kapitalismuskritik erwarten, wenn man sich nicht zeitgleich dafür einsetzt, dass kritisches

Denken an sich gefördert wird. Ich weiß nicht, ob ein Engagement im bildungspolitischen Bereich unbedingt erfolgreich sein wird, aber ich sehe ein anderes Bildungssystem, welches selbstbestimmtes Lernen und Denken ermöglicht als zwingende Bedingung für eine Gesellschaft, in der mehr als nur ein paar wenige Linksradikale über Alternativen zum Kapitalismus nachdenken. Das heißt für mich, Kapitalismuskritik muss bei einer grundlegenden Umgestaltung der Bildungseinrichtungen ansetzen, um eine Grundlage dafür zu schaffen, dass in Zukunft mehr Menschen verstehen, warum eine radikale Kritik notwendig ist, sich dieser anschließen und sie weiterdenken.

Spielen nicht auch, zumindest teilweise, egoistische Interessen der BildungsaktivistInnen eine Rolle? So hättest du als Studi momentan mehr von einer Rücknahme der Studiengebühren als von einer Rücknahme von HartzIV.

Lisa: Natürlich spielen egoistische Interessen eine Rolle. Es ist ja vollkom-

men naheliegend, dass Politisierung zu allererst in den Bereichen stattfindet, die einen selber am ehesten betreffen. Ich finde das auch überhaupt nicht schlimm. Auch bei anderen gesellschaftlichen Protesten ist es meist so, dass die Gruppe den größten Anteil der Bewegung ausmacht, die am ehesten von dem Problem betroffen ist. Warum sollten also die Studierendenbewegungen eine Ausnahme darstellen? Wichtig ist nur, dass die BildungsaktivistInnen begreifen, dass Credit Points und Studiengebühren nicht das einzige Problem sind, sondern nur das für sie offensichtlichste. Aber dies gilt für alle anderen Protestbewegungen gleichermaßen.

Es gibt für radikale Linke bei sozialen Kämpfen in der heutigen Zeit immer wieder das vermeintliche oder tatsächliche Problem, zwischen qualitativen und quantitativen Aspekten wählen zu müssen. Wie versucht ihr diesem Dilemma zu begegnen?

Lisa: Das ist tatsächlich ein Problem. Es ist die alte Frage, ob man die Leute da abholen möchte, wo sie stehen

und deshalb immer und immer wieder ganz niedrigschwellige Kritik übt und unglaublich langweilige Latschdemos



organisiert oder ob man die Leute da einfach stehen lässt, wo sie sind und nur die mitnimmt, die so oder so auf dem Weg liegen. Aktionsformen, welche für einen großen Anteil der potentiell Interessierten in Frage kommen, haben leider häufig den Nachteil, dass es ihnen an inhaltlicher Kraft mangelt. Anspruchsvolle theoretische Analysen werden jedoch nicht zur Kenntnis genommen, wenn nicht zuvor ein Problembewusstsein bei der Zielgruppe geschaffen wurde. Ich denke, dass eine Mischung aus beidem notwendig ist. Das Wählen nur eines dieser Aspekte führt dazu, dass sich die Bewegung entweder nicht weiterentwickelt oder nur für einen zu kleinen Personenkreis interessant bleibt. Die Proteste gegen Studiengebühren sind hier ein gutes Beispiel. Die Kritik ist damals leider nur selten über Parolen für freie Bildung hinausgegangen und wurde somit zu Recht in Frage gestellt. Dennoch hat sich aus den Protesten ein bundesweit vernetztes Bündnis entwickelt, welches sich inzwischen intensiver mit theoretischen Hintergründen beschäftigt und auch außerhalb der reinen Bildungsproteste aktiv wird. Ich denke, man kann das Dilemma nur auflösen, indem man Menschen langfristig politisiert und somit für eine tiefere Debatte empfänglich macht. Der Bildungsstreik hat hier gute Vorarbeit geleistet und es bleibt zu hoffen, dass dies von den AktivistInnen genutzt wird.

Wie erfolgreich war deiner Meinung nach denn das Vorhaben, radikalere Positionen unterzubringen? Sowohl im aktuellen Bildungsstreik, als auch in den Studibewegungen der letzten Jahre?

Lisa: Leider ist der Versuch, weitergehende Forderungen in die öffentliche Diskussion zu bringen in den letzten Jahren immer wieder gescheitert. Der Bildungsstreik wurde zwar inhaltlich gut vorbereitet, aber in den Medien bleibt die Debatte meist auf Standardthemen wie Kopfnoten und Studiengebühren beschränkt. Innerhalb der aktiven Bündnisse habe ich aber dennoch das Gefühl, dass die radikaleren Positionen eine breitere Basis finden. Das ist meiner Meinung nach positiv zu bewerten und lässt darauf hoffen, dass sich die Bewegung weiterentwickelt und nicht nur ein kurzes Phänomen bleibt.

Wie wird es jetzt weitergehen?

Lisa: Es bleibt abzuwarten, inwieweit die anstehenden Semesterferien genutzt werden können, um den Protest für das Wintersemester vorzubereiten. Zur Zeit wird diskutiert, ob im Herbst ein weiterer Streik stattfindet. Fest steht bereits, dass es in verschiedenen Städten Kongresse zum Thema Bildungspolitik geben wird. ■

Projekt Zentropa Syndikat Z

Lifestyle-Faschismus und europäische Vernetzung

Patrick Kappel

Der Zentropa Klan ist ein Netzwerk europäischer Neonazis, dessen AkteurInnen primär um die Gestaltung der Identität des Faschismus im 21. Jahrhundert bemüht sind. Gemäß einer eurozentrischen und ethnopluralistischen Ideologie soll man unter dem Neologismus Zentropa eine „Gemeinschaft von Europäern aller Kontinente“ in einem geographisch nicht näher bestimmten Bereich Europas verstehen, der sich „kulturhistorisch“ und „biologisch“ einzigartig definiere. Seit Anfang November 2008 gibt es mit dem Syndikat Z nun auch einen deutschen Ableger. Bei diesem handelt es sich vorwiegend um die so genannten „Autonomen Nationalisten“ aus Nordrhein-Westfalen, speziell aus dem Raum Dortmund. Neben der realpolitischen Vernetzung der hauptsächlich europäischen extremen Rechten, gehört zu dem internationalen Projekt eine große virtuelle Blog-Community. Die Kontakte konzentrieren sich mit Spa-

nien, Frankreich, Portugal, Holland, Schweden und Deutschland vor allem in Europa, vereinzelt bestehen aber auch Beziehungen nach Hongkong und Kanada. Diese äußern sich zum Beispiel in dem gegenseitigen Besuch von neonazistischen Aufmärschen. So tourte der Zentropa Klan Germany 2008 gleich zu zwei Neonaziaufmärschen in die Tschechische Republik.

Historischer Ursprung

Das Zentropa-Netzwerk bemüht sich zwar um einen bewusst „wissenschaftlichen“ Anstrich, zeitgleich ist aber auch eine ästhetisierte Revolutions- und Straßenkampfromantik zu erkennen. Denn zumindest in Italien wird vom politischen Habitus her auf den italienischen Faschismus Anfang der 1920er Jahre Bezug genommen, als die so genannten Squadrista, die Schwarzhemden (ähnlich der SA in Deutschland), linke Zeitungsredakti-



Old shit, new style?

onen und Vereinslokale zertrümmerten und Jagd auf SozialistInnen und KommunistInnen machten.

Die faschistische Philosophie von Zentropa beruft sich hauptsächlich auf den antisemitischen Kulturphilosophen Julius Evola (1898-1974), der als Wegbereiter des italienischen Faschismus gilt. In seinem 1934 erschienen Hauptwerk „Revolte gegen die Moderne“, betont Evola, dass mit der modernen Welt ein kultureller Niedergang einhergehe und dass zuerst eine nationale Kulturrevolution des „geistigen Rassismus“ (im Gegensatz zum biologischen Rassismus der deutschen Nazis) von statten gehen müsse, bevor man eine genetische „Rassenreinheit“ erlangen könne. Zusammenfassend ist Evola der Archetyp eines Reaktionärs: seine Feinde sind der Humanismus seit der Renaissance, die Aufklärung, die Französische Revolution, kurz: alle Bewegungen zur Säkularisierung und

Entzauberung der Welt. Was diese gemeinhin als Fortschritt sehen, kann Evola nur als Verfall interpretieren. Dieser Verfall bestünde im Verlust der transzendenten Dimension in Gesellschaft und Politik, darin, dass die Ordnung nicht mehr göttlich legitimiert sei. Eine Revolte sei nötig, um ein sakral legitimiertes Königtum mit Kastenwesen einzuführen.

Charakteristika und politische Programmatik

Der Zentropa Klan vertritt ganz klar eine faschistische Ideologie: Sein fetischisierter Antikapitalismus richtet sich gegen „die Macht des Geldes“, er fordert ein Europa homogener „Ethnien“, zelebriert einen an der Antike ausgerichteten Traditionalismus, ist äußerst nationalistisch, agitiert populistisch und in seiner Ästhetisierung von Politik betont er nachdrücklich den Vorrang des (gemeinsamen) Wil-

lens vor der Ökonomie. Um sein Theoriegebilde zu untermauern bringt sie eine ganze Reihe von faschistischen, kulturpessimistischen und antisemitischen Autoren in Stellung (Evola, Jünger, Péguy, Daudet ...). Ein weiteres Kennzeichen faschistischen Bewegungen und Organisationen, die Verherrlichung von Tod und Opfer, kommt in dem Kult um die Kriegstoten und die „Märtyrer“ der faschistischen Bewegung zum Ausdruck. Nur in diesem Kontext lassen sich dann auch die europäischen Trauermärsche beispielsweise „zu Ehren“ von Hitlers Stellvertreter Horst Wessel (Deutschland) und General Hristo Lukov (Bulgarien) verstehen. So kommt es bei Zentropa dann auch zu einer Ästhetisierung von Gewalt: „Turn your revolt into style“ und „Das Wesentliche ist der Stil“ sind nur zwei der Mottos die den deutschen „Autonomen Nationalisten“, wie auch den französischen Plagiaten von Pro Patria, genau ins Konzept passen. Hinzu kommt eine krude Mischung aus antisemitischen Verschwörungstheorien und dem elitären Bewusstsein, die einzigen zu sein, die das Spektakel durchschaut haben. Dabei ist die gesamte Argumentation zur völligen Delegitimierung der modernen Welt ziemlich simpel dualistisch gestrickt. Wie die Moderne gegen die positiv bewertete Tradition steht, steht das Transzendente gegen das Diesseitige, die metaphysische gegen die physische Ordnung. Das alles gibt es auch noch in

mythologischer Kostümierung: Erde gegen Himmel. Oder Mann gegen Frau. Der extremen Rechten kommen solche Gegensatzpaare, vor allem zu den konstruierten Geschlechterrollen von Mann und Frau, gerade recht.

Verbunden mit einer möglichst integrativen Weltanschauung wird versucht, eine identitätsstiftende Subkultur zu bieten, mit der man langfristig eine kulturelle Hegemonie erringen will, um schließlich eine "Kulturrevolution von Rechts" einzuleiten. Diese, als metapolitische Strategie der Neuen Rechten bezeichnete Programmatik, soll - in Bezug auf Evola – durch moralische Reinheit, aufrechten Lebensstil, natürliche kriegerische Tapferkeit und Männlichkeit charakterisiert sein. So schreiben die im Syndikat Z organisierten Neonazis aus NRW, dass die Revolution nicht „durch unwillige Massen, die bloße Jagd nach Wählerstimmen oder einem puren Straßenaktivismus“ herbeizuführen sei, sondern mit „Selbstdisziplin, Achtung und Vehemenz“ wobei man mit „einer Vielzahl von Projekten – realpolitisch, metapolitisch, kulturell – [...] in ganz Europa und Übersee [...] an der erfolgreichen Wegbereitung für die Idee“ arbeite.

Einschätzungen, Perspektiven und Gegenstrategien

Auf Grund des Elitebewusstseins, der antiaufklärerischen Programmatik und des streckenweise spirituell ange-

hauchtem Sprachgebrauchs, könnte man die Zentropa Crew auch als Teil der esoterisch geprägten Neuen Rechten begreifen. Doch mit einer reinen Esoterik- und Religionskritik kommt man dem Zentropa-Ideologierüst in seiner Gesamtheit nicht bei und vernachlässigt zudem die aktivistisch und metapolitisch orientierte Programmatik. Trotzdem kann es hilfreich sein, das simple Geheimnis-Versprechen der Esoterik zu durchbrechen, also etwas, das auch ihr Vordenker Evola braucht, um zu funktionieren. Das Versprechen besteht darin, dass die extreme Rechte sich elitär dünkt, da ihr Meister sie in Wissen und – entscheidender – ein „Wissen jenseits des Wissens“ einweiht. Ferner muss es darum gehen, mystifizierende Ideologiekonstrukte wie „Kultur“, „Nation“ und „Rasse“ als solche zu entlarven, um ihnen den Zauber und ihren Reiz zu nehmen. Denn die Lektüre von Evola und die Reproduktion von Schlagworten erweckt den Anschein des Eingeweihtseins. Dieses, die Binnenidentität stärkende Moment, spricht gerade die „Autonomen Nationalisten“ besonders an, denen eine eitle Selbstinszenierung ermöglicht wird, indem man sich als wissend und eingeweiht geriert.

Auch auf der realpolitischen Ebene wäre es für AntifaschistInnen ratsam, sich nicht nur weiter bundesweit zu organisieren, sondern auch stärker mit den GenossInnen im europäischen Raum zusammenzuarbeiten, um im Windschatten großer „Events“ (An-

tikriegstag in Dortmund, Anti-Islam-Kongress in Köln) die Chancen und Möglichkeiten einer großen bzw. größeren Mobilisierung nutzen zu können.

Wie es um die Perspektiven des Zentropa-Netzwerkes bestellt ist, lässt sich nur schwer einschätzen. Als Teil der zunehmenden europäischen Vernetzung wird Zentropa sicherlich weitere (Mobilisierungs-)Erfolge erzielen können, ob sich dabei die Idee des spirituellen Lifestyle-Faschismus bei allen Neonazis von großer Beliebtheit erfreuen wird, darf allerdings bezweifelt werden. ■

Kurzmeldungen

1. Mai Dortmund

Eine Demonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Dortmund wurde von mehreren hundert Neonazis angegriffen. Die Polizei brauchte mehrere Stunden um die Situation in den Griff zu bekommen. Eine daraufhin am Abend stattfindende spontane antifaschistische Demonstration wurde von der Polizei behindert. Es konnte lediglich eine Kundgebung durchgeführt werden.

8. Mai Köln

In Köln demonstrierten über 1000 Menschen unter dem Motto „DE*NATIONALIZE! EUROPA. DEUTSCHLAND.KÖLN – ALLES SCHEISSE“.

8. bis 10. Mai Köln

Trotz verschiedenster Gegenproteste konnte der „Anti-Islam-Kongress“ in Köln im zweiten Anlauf stattfinden. Im September 2008 brach die Polizei den Kongress nach massivem antifaschistischem Widerstand ab.

23. Mai Dortmund

Als Reaktion auf den brutalen Überfall auf einen Antifaschisten am Wochenende zuvor demonstrierten rund 300 Menschen gegen neonazistische Gewalt in der Dortmunder Innenstadt.

3. Juni Düsseldorf

Die Lotta gewann einen Prozess gegen den Verfassungsschutz NRW. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf entschied, dass die Lotta nicht mehr im Verfassungsschutzbericht des Landes aufgeführt werden darf.

6. Juni Essen

In Essen demonstrierten mehrere hundert Menschen gegen den Naziladen „Oseberg“, der seit Anfang April 2009 in der Essener Innensatdt Bekleidung der Marke *Thor Steinar* verkauft. Am Rande der Demo kam es zu Auseinandersetzungen wegen einer Israelfahne.

15. bis 19. Juni

In ganz Deutschland gingen Hunderttausende SchülerInnen und Studierende im Rahmen des Bildungstreiks auf die Straßen, um ihren Unmut über die derzeitige Bildungspolitik zu äußern. Mehr erfahrt ihr in dem Interview in dieser Ausgabe ab Seite 3.

„Man suchte die Randalie“

Die decrypt-Redaktion sprach mit Mitgliedern der „Antifaschistischen Union Dortmund“ über die Folgen der gewalttätigen Ausschreitungen von Neonazis am 1. Mai in Dortmund und deren Bedeutung für den bundesweiten Großaufmarsch Anfang September sowie über die Pläne zu den „Antifa Action Days“.

Schildert uns bitte, was genau vorgefallen ist und wie es dazu kommen konnte?

Nachdem auch das Bundesverfassungsgericht am 30. April 2009 das Verbot des zentralen Naziaufmarsches am 1. Mai in Hannover bestätigte, war die bundesweite Neonaziszene gezwungen, sich umzuorientieren und auf Ersatzveranstaltungen auszuweichen. Die Dortmunder Neonazis hatten sich diesbezüglich schon ihre eigenen Pläne gemacht.

Am frühen Morgen des 1. Mai sammelten sich ca. 40 Neonazis am Dortmunder Hauptbahnhof und gaben an, auf weitere Kameraden zu warten, um anschließend geschlossen mit dem Zug zur angemeldeten Demonstration nach Siegen zu fahren. Als weitere Neonazis mit Bussen und Zügen in Dortmund eintrafen, wuchs die Gruppe der Neonazis auf rund 400 Personen an. Dann ging alles ganz schnell.

Auf Handzeichen der Dortmunder Kader Dennis Giemsch und Dietrich Surmann stürmte ein Teil der Nazis durch eine schwache Polizeikette plötzlich Richtung Dortmunder Innenstadt, statt in den Zug nach Siegen einzusteigen. Im späteren Verlauf griffen sie die TeilnehmerInnen der DGB-Demo an und zogen anschließend randalierend durch die Innenstadt, bis sie schließlich von der Polizei festgesetzt werden konnten.

Was haben die späteren Ermittlungen der Polizei ergeben?

In der letzten Sitzung des Innenausschusses im Landtag informierte NRW-Innenminister Wolf erstmals über die Hintergründe des Neonazi-Angriffs: Gegen 405 Neonazis läuft ein Ermittlungsverfahren unter anderem wegen Landfriedensbruch. 244 Personen kamen aus NRW, davon allein 37 aus Dortmund. Fünf PolizistInnen wurden

beim Einsatz verletzt und sieben Polizeiwagen demoliert. Der Sachschaden beläuft sich auf ca. 30.000 €. Die bei den Neonazis gefundenen Gegenstände gehören nicht gerade zum alltäglichen Demogepäck und sprechen ebenfalls stark dafür, dass man die Randalie suchte: Es fanden sich neben zahlreichen Reizgas- und Pfefferspraydosen auch Quarzhandschuhe, Messer, Signalschussgeräte sowie selbstgebaute pyrotechnische Rauchkörper.

In den Tagen nach den gewalttätigen Vorfällen wurden die Wohnungen zweier mutmaßlicher Rädelsführer in Dortmund und eine weitere in Thüringen durchsucht. Bisher konnte man 17 beteiligten Neonazis konkrete Einzeltaten nachweisen, die die Staatsanwaltschaft nun überprüfen wird.

Wie schätzt ihr die Situation im Nachhinein ein und was sind die Folgen dieses Überfalls?

In der Stadt ist die neonazistische Szene nach dem diesjährigen 1. Mai zumindest zu einem Thema geworden, dem sich Politik und Öffentlichkeit nicht länger verschließen können. Einerseits

werden Bildungsveranstaltungen und zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechts durch die Stadt unterstützt. Dass ein lokaler SPD-Vertreter anlässlich der Aufmärsche in Dortmund jedoch von „bildungsfernen jungen Menschen“ sprach, die durch die Republik „gekarrt werden“, zeigt andererseits, dass hier noch einiges an Arbeit geleistet werden muss.

Die Dortmunder Neonazis mobilisieren trotz Verbotsversuchen weiter und erklärten kämpferisch, dass sie sich „selbstverständlich bis vor das Bundesverfassungsgericht [klagen], falls dies nötig sein sollte“.

Und wie sieht es mit den antifaschistischen Gegenaktivitäten aus?

Hier hat sich mit Sicherheit vieles zum Positiven verändert: die andauernden Aktionen und Angriffe der Neonazis haben dazu geführt, dass sich wieder mehr Leute in antifaschistischen Zusammenhängen engagieren. Neue Gruppen sind entstanden und im Hinblick auf den 5. September beteiligen sich im „S5-Bündnis“ verschiedene Gruppen an der Planung der linksra-



dikalen Gegenaktionen. Denn sollte es nicht zu einem Verbot kommen, gilt es, dem Aufmarsch einen breiten antifaschistischen Protest entgegenzustellen. Dortmunder Antifagruppen mobilisieren daher bereits jetzt zu „Antifa Action Days“. Wir gehen bislang davon aus, dass der Aufmarsch stattfinden wird. Punkt. Alles andere sind Spekulationen, auf die sich ernsthafte Antifapolitik nicht einlassen kann. Wir mobilisieren für eine große, starke Antifademo. Am Vorabend wird zudem eine Warm-Up-Demo stattfinden. Sicher ist, dass wir alles tun werden, um für eine fetter Mobilisierung zu sorgen und bundesweit deutlichzumachen, dass wir einem der größten Nazi-Events unseren entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen, nicht nur jetzt, sondern jedes Jahr! ■

Come to Dortmund, where the flavour is ...

🌐 antifaunion.blogspot.de

Das Buch zur Krise



Das linksradikale »...ums Ganze!«-Bündnis präsentiert:

»STAAT, WELTMARKT UND DIE HERRSCHAFT DER FALSCHEN FREIHEIT – Erster Teil der Grundlagendiskussion zur Kritik des kapitalistischen Normalvollzugs.«

A5, 114 Seiten
1 € Schutzgebühr

Bestellungen über
🌐 umsganze.blogspot.de

Die deutsche Rechte nach der Europawahl

Wer kehrt den Scherbenhaufen zusammen?

Nach den Europawahlen stehen die deutschen rechtsextremen Parteien vor einem Scherbenhaufen. War es in zahlreichen anderen Ländern rechts-extremen oder -populistischen Parteien gelungen Mandate und Stimmenteile hinzuzugewinnen, gingen DVU und Republikaner leer aus. Die Republikaner verloren deutlich an absoluten Stimmen und erhielten nur noch 1,3% der gültigen Stimmen; die DVU kam lediglich auf 0,4% der Stimmen, womit sie einerseits von der Wahlkampfkostenerstattung ausgeschlossen ist und ausserdem deutlich das Ergebnis der NPD von 2004 (0,9%), die im Rahmen des „Deutschlandpaktes“ auf eine Kandidatur verzichtete, verfehlte. Welche Folgen dies für den „Deutschlandpakt“ haben wird ist offen. Bei der DVU-Spitze scheint es jedoch Sorge zu geben, dass die Basis unzufrieden über die Kooperation mit der NPD ist. Vorsitzender Martin

Faust verhängte auch gleich einen Maulkorb: „Öffentliche Äußerungen, insbesondere gegenüber Medienvertretern, die gänzlich in eine andere Richtung gehen, werde ich so nicht weiter dulden.“ Von NPD-Seite gab es bislang noch keine Stellungnahme zum schwachen Abschneiden der Partnerpartei. Die innerparteiliche Kritik dürfte jedoch auch hier zunehmen, gerade da die NPD bei den Kommunalwahlen in mehreren Bundesländern durchaus Erfolge verbuchen konnte.

Pro NRW meldet Führungsanspruch an

Unterdessen meldete Markus Beisicht, Vorsitzender von Pro NRW, einen neuen Führungsanspruch an: „Die verbrauchte alte politische Rechte hat sich endgültig aus dem politischen Ring verabschiedet und liefert

sich nunmehr ein Kopf- an Kopfrennen mit so seriösen Formationen wie der Piratenpartei. Es ist daher Zeit für einen vollständigen Neuanfang.“ Ob es Pro NRW gelingen wird, eine starke rechte Partei in Deutschland zu bilden, bleibt jedoch fraglich. Der starke Widerstand, bis weit aus dem bürgerliche Lager heraus, gegen die beiden Anti-Islam-Kongresse von Pro Köln im September 2008 und Mai 2009, sprechen eher gegen eine momentane gesellschaftliche Akzeptanz einer Partei rechts der Konservativen, wie es zum Beispiel in Österreich der Fall ist.

Dennoch bietet das Wahlergebnis aus linker Sicht keinen Grund zur Beruhigung oder gar Freude. Die Er-

folge rechter und nationalistischer Parteien in ganz Europa zeigen, zu welcher Art Krisenlösung die Menschen in Europa derzeit tendieren. Dass dies in Deutschland zurzeit noch anders aussieht, dürfte eher an der gegenwärtigen organisatorischen Schwäche und Zerrissenheit des rechten Lagers, als an ihrem Potential liegen. ■

Update: Nach Verlassen dieses Artikels wurde bekannt, dass die NPD den Deutschlandpakt aufgelöst hat und nun zur Landtagswahl in Brandenburg in Konkurrenz zur DVU antritt. In der nächsten Ausgabe wird über die weitere Entwicklung berichtet.



NPD und DVU Schlossen ?? den Deutschlandpakt. Hier im Bild Udo Voigt, NPD (links) und Gerhard Frey, DVU (rechts)

„Wir sind die Störenfriede in Büren“

Ein Interview mit der Bürengruppe Paderborn zur "Aktionswoche gegen Abschiebung"

Seit 1994 existiert in der Provinz des Paderborner Umlandes die JVA Büren-Stöckerbusch: Europas größter Abschiebeknast. Seit dem gibt es auch die Bürengruppe Paderborn und bis zum Jahr 2007 (mit kurzen Unterbrechungen) jährlich die Büren-Demo. Im Jahr 2008 wurde von der Gruppe erstmals zu einem dezentralen „Aktionstag ohne Abschiebung“ aufgerufen, in diesem Jahr ist für die Woche vom 24. bis zum 30. August nun eine „Aktionswoche gegen Abschiebung“ in Planung.

15 Jahre Abschiebeknast bedeuten auch 15 Jahre Widerstand dagegen. Wie bewertet Ihr im Rückblick die bisherigen Proteste? Anstelle einer einfachen Knast-Demo, haben seit letztem Jahr die Proteste in einem anderen Rahmen stattgefunden. Wie und warum ist das so?

Schon recht schnell nachdem bekannt geworden war, dass im Bürener Wald ein Abschiebeknast entstehen würde, formierte sich Protest und Widerstand. Neben den jährlichen Demos, die von

unterschiedlichen Gruppen und Organisationen getragen wurden, gründete sich der Verein „Hilfe für Menschen in Abschiebehäft“, der durch regelmäßige Besuche und Gespräche im Knast wichtige Beratungsarbeit leistet und als Sprachrohr der Gefangenen fungiert. Daneben hat es auch immer wieder Widerstand der Gefangenen gegeben: auf Gefängnisrevolten wurde mit Sozialarbeit und besseren Besuchsregeln reagiert, der Hungerstreik im Jahr 2007 fand ebenfalls ein großes Medienecho und führte zu Soli-Aktionen.

Nachdem die üblichen Demos für die TeilnehmerInnen relativ frustrierend waren (man steht vor den Mauern und fühlt Wut und Ohnmacht), wollten wir im letzten Jahr etwas anderes ausprobieren. Die Idee war, die Zufahrtswege zum Knast für eine Nacht zu blockieren, um keine Transporte stattfinden zu lassen. Wir fanden das Konzept überzeugend, weil es aus einer überwiegend defensiven Verteidigung von Mindeststandards hinausweisen kann: ein ganzer Tag ohne Abschiebung! Dafür suchten (und fanden) wir BündnispartnerInnen in ganz Deutschland und in Österreich, die den Tag vor Ort mit Protest gefüllt haben, dezentral und sehr unterschiedlich.

Mit der diesjährigen „Aktionswoche gegen Abschiebung“ haben wir auf verschiedenliche Kritik reagiert:

Die Fokussierung auf einen Tag bietet zu wenig Spielraum und nicht überall wurde blockiert mit dem Ziel, Abschiebungen zu verhindern. Wir wollen den Gruppen und Initiativen vor Ort möglichst viel Spielraum geben, um unter dem Dach der Aktionswoche eigene Veranstaltungen und kreative Aktionen stattfinden zu lassen.

Wie können Gruppen und Einzelpersonen sich in der „Aktionswoche gegen Abschiebung“ einbringen?

Wir rufen dazu auf, eigene Aktionen in der Woche durchzuführen, wir haben kein Copyright auf den 30. August. Wenn das gewünscht ist, geben wir Unterstützung und Hilfe bei der Planung. Wir stellen Materialien zur Verfügung (Internetseite, Web-Banner, Mailverteiler, Aufrufe, Plakate etc.)



und wollen versuchen, die Aktionswoche als Ganzes nach außen darzustellen. Ansonsten sind den Ideen keine Grenzen gesetzt: Ob Infostand, Filmvorführung, Kundgebung oder fantasievolle Aktion; ob für Bleiberecht, gegen Abschiebung, gegen Lager und Residenzpflicht – wir wollen, dass alle Facetten des rassistischen Abschieberegimes sichtbar werden.

In der Vergangenheit haben eure Proteste meist an oder um historische Daten wie den 3. Oktober, dem „Tag der deutschen Einheit“, oder dem „Antikriegstag“ am 1. September stattgefunden. Die Auswahl der Woche um den 30. August ist wieder kein Zufall. Welche Bedeutung trägt das Datum?

Wir haben tatsächlich die thematische Ausrichtung der Demos an historische Daten geknüpft. Für die dezentralen Aktionen gegen Abschiebung bietet sich der 30. August an: an diesem Tag starben in Deutschland alleine vier Menschen durch das Abschieberegime. 1999 starb der Abschiebehäftling Rachid Sbaai in einer Arrestzelle der JVA Büren an einer Rauchvergiftung. Im Jahr 2000 stürzte sich der 28-jährige Altankhou Dagwasoundel beim Versuch, der Abschiebungshaft zu entfliehen, in den Tod. Schon 1983 hatte sich der Asylbewerber Kemal Altun aus Angst vor der Abschiebung aus dem Fenster des Verwaltungsgerechts Berlin zu Tode gestürzt, 1994

starb Kola Bankole nach Gewalteinwirkung durch BGS-Beamte in der Lufthansa-Maschine, mit der er abgeschoben werden sollte. Seit dem Tod Rashid Sbaais finden in Büren jährlich Mahnwachen statt. Bereits 2003 wurde der Tag von der Kampagne gegen Abschiebungen, Knäste und Lager zum bundesweiten Aktionstag erklärt. Im Augenblick gibt es Bestrebungen, den 30. August zum Gedenktag für die Opfer deutscher Migrationspolitik zu erklären.

Größere Ereignisse wie etwa der Hungerstreik von Häftlingen in Büren 2007 oder größere Protestaktionen setzen Zeichen nach Außen und können auf die tagtäglichen Missstände aufmerksam machen. Demos und Kundgebungen sind aber nur ein Teil eurer Aktivitäten. Wie sieht die anti-rassistische Praxis im Kreis Paderborn über die größeren Veranstaltungen hinaus aus?

Die Bürengruppe beteiligt sich an überregionalen Vernetzungen und Mobilisierungen. Im Kreis Paderborn organisieren wir gelegentlich kleinere Veranstaltungen (Podiumsdiskussionen, Filmvorführungen, Infoveranstaltungen, Buchvorstellungen) zu antirassistischen Themen, oft in Kooperation mit dem Verein der EineWelt-Gruppe an der Uni und dem Flüchtlingsrat. Das Interesse an dieser Thematik hat aber in den letzten Jahren leider – nicht nur in Paderborn – abgenommen.

„Wir sind die Störenfriede in Büren“

In Büren hatte die Bevölkerung selbst die Wahl, ob sie einen Abschiebeknast in den Wald oder ein Auffanglager für Flüchtlinge haben wollte. Mehrheitlich entschied man sich dort für den Knast – auch damit sich Flüchtlinge nicht frei in der Stadt bewegen können. Auf was für ein Echo stößt euer Protest und eure Praxis in dieser Bevölkerung? Gibt es dennoch vor Ort BündnispartnerInnen?

Wir sind die Störenfriede in Büren. Im Alltag spielt der Knast dort keine Rolle, höchstens eine positive, als Arbeitgeber. Die Demos sind daher auch wichtig, um die Bürener immer wieder daran zu erinnern, dass Flüchtlinge ganz in ihrer Nähe eingesperrt werden, nur weil sie keinen deutschen Pass haben. Auch der Verein „Hilfe für Menschen in Abschiebehafte“ ist dort nicht unumstritten, allerdings hat man sich inzwischen dran gewöhnt. ■

Nähere Informationen zur Aktionswoche gegen Abschiebung gibt's unter gegen-abschiebung.de.

Die Bürengruppe ist im Internet unter aha-bueren.de zu finden.

ANTIFA ACTION DAYS

DEN NAZIAUFMARSCH VERHINDERN!



4./5. SEPTEMBER 2009

DORTMUND

Infos rund um die Gegenaktivitäten zum "nationalen Antikriegstag" findet ihr auf
antifaunion.blogspot.de
& s5.noblogs.org



Marg Bar Jomhuriye Eslami!

Nieder mit der Islamischen Republik Iran!

Junge Linke Lippstadt

Im Iran brodeln es gewaltig. Seit der Wahlfarce vom 12. Juni protestieren in ganz Iran Menschen, die sich gegen das Regime, gegen die Islamische Republik richten. Der Protest der Freiheitsbewegung auf der Straße ist längst über die Frage „Where is my vote?“ hinaus. Nicht allein die Wahl, die offenkundig gefälscht wurde, treibt die Menschen auf die Straßen. Es ist die Wut auf über dreißig Jahre Islamische Republik. Es ist der Zorn über 30 Jahre Gottesstaat, über 30 Jahre Tugendterror, Unterdrückung, Mord und Folter von Frauen, Homosexuellen und Oppositionellen sowie Verfolgung anderer Minderheiten, die dem Regime nicht passen. Nicht um die Frage Ahmadinejad oder Mossawi geht es den Protestierenden, sondern es geht längst um das gesamte System, dessen (religiöses) Oberhaupt schließlich Khomeini ist.

Selbst die „Allahu Akbar“-Rufe eines Teils der Bewegung sind als Kritik an dem Regime zu verstehen, welches sich anschickt den Willen Gottes auf Erden umzusetzen. Dieser sei größer

als die despotischen Diktatoren und die tagtägliche Tyrannei sei nicht mit Gott zu legitimieren, so die Botschaft dieser Menschen, die zwar nicht gegen den Glauben, aber gegen Fatwa und Scharia auf die Straße gehen. Ein großer Teil der Protestbewegung aber hat mit Allah und Koran nichts am Hut.

Erneut offenbaren die islamistischen Milizen ihr mörderisches Potential und schlagen die Proteste mit aller Gewalt nieder. Die Ermordung Nedas, einer jungen Demonstrantin auf offener Straße, steht exemplarisch für die Gewalt, die das Mullah-Regime versucht durch die Pressezensur zu verdecken. Über die Anzahl der Toten während der Proteste sind keine genauen Zahlen bekannt. Sie dürften aber weit höher sein als den offiziellen Angaben zufolge.

Solidarität statt Appeasement ...

Ob es nun Kommunisten und Liberale sind, die auf die Straße gehen, oder Religiöse, die für eine politische

Liberalisierung des Landes stehen: Die Protestierenden haben unsere Solidarität verdient und diese auch bitter nötig. Und in einem Punkt sind sich alle Protestierenden einig: Egal was nach einem Sturz der Mullahs kommt, es kann nur besser werden.

Doch bei Lippenbekenntnissen darf nicht stehen geblieben werden. Denn es ist gerade Deutschland als größter Handelspartner des Regimes, das jetzt aktiv werden muss. Die Proteste gegen das Regime werden mit Hilfe deutscher Polizeiausrüstung, Waffen und Überwachungstechnologie aus dem Hause Siemens, niedergeschlagen! Würde Deutschland etwa ein Handelsembargo gegen die Islamische Republik verhängen, könnte so

innen kürzester Zeit das Regime zu Fall gebracht werden, wie zahlreiche ExiliranerInnen immer wieder betonen. Davon aber ist Deutschland weit entfernt. Neben leeren Worten der Empörung über den Wahlbetrug und Appelle an das islamische Regime, sich doch bitte etwas weniger undemokratisch zu geben, ist nichts von Deutschland zu erwarten. Die Hoffnung des deutschen Appeasements dürfte darin bestehen, dass der Aufstand klanglos niedergeschlagen wird, ein wenig Gras über die Sache wächst und dann wie gewöhnlich weiter gehandelt werden kann. Dem muss ein Ende gesetzt werden. Gerade jetzt, wo sich die Bevölkerung in Iran erhebt, würde sich die Gelegenheit bieten, das Regime zu



stürzen. Beste Bedingungen also, das iranische Atomwaffenprogramm zu beenden. Die iranische Bevölkerung jedoch, die dem „Tod Israel!“ des Regimes ein „Tod der Diktatur!“ entgegengesetzt, wird gnadenlos im Stich ge-

lassen, insbesondere auch von Vielen, die sich als Linke und Friedensbewegte geben. Schreiberlinge der Jungen Welt, Jürgen Elsässer oder so genannte AntifaschistInnen wie die ARAB sehen gar Agenten des Imperialismus und der Konterrevolution am Werke.




... und gehehelt Beileid!

So ist die Aufforderung vom Bundesausschuss Friedensratschlag an die Regierungen des Westens „sich aller Äußerungen und Handlungen zu enthalten, die von den iranischen Machthabern als Einmischung in die inneren Angelegenheiten ausgeschlachtet werden könnten und somit kontraproduktiv seien“ (Erklärung vom 26. Juni), nichts anderes als die Anerkennung eines Regimes, mit dessen Gegnern man sich vorgeblich solidarisiert.

Anstatt die Hilferufe ernst zu nehmen, fällt man der Opposition in den Rücken. Als würde nicht ohnehin jeglichem Protest der Vorwurf des Regimes gemacht werden, vom Westen, den USA, Israel oder „den Juden“ gelenkt zu werden, fordern deutsche „Friedensfreunde“ dazu auf ein Regime, das mit allen Mitteln abzuschaffen gilt, in keinem Fall zu provozieren. Mehr noch: Der Friedensratschlag ist sich nicht zu schade dafür, die brutale Niederschlagung der Proteste in Iran mit Repressalien gegen staatlich erlaubte(!) Proteste der Friedensbewegung in Europa gleichzusetzen. Er bleibt den Beweis aber schuldig, wo in Kehl beim Protest gegen den NATO-Gipfel Demonstranten erschossen oder in Folterkerker gesperrt wurden. Was ist aber auch von Menschen zu erwarten, die eine angebliche Rechtmäßigkeit des iranischen Atomprogramms konstatieren?

Gegen diese Indifferenz gilt es anzukämpfen. Sanktionen gegen das Regime in Teheran sind unumgänglich. In diesem Sinne: Solidarität mit dem Widerstand in Iran! Marg bar diktatur! Stop The Appeasement! Stop The Bomb! Nieder mit der islamischen Diktatur! ■


 junge-linke.tk

Campen gegen Deutschland

26. Juli bis 2. August Antinationales Sommercamp in Niedersachsen

 junge-linke.de


5. bis 9. August Antifacamp Oberhausen

 antifacamp.de


5. bis 9. August Antifacamp Rheinland

 antifa-camp.de

7. bis 16. August Herrschaftskritisches Sommercamp bei Berlin

 naturfreundejugend-berlin.de

19. bis 23. August Antifacamp Hessen

 jugendantifa-camp09.tk

27. bis 30. August Antifacamp Bayern

 faul.blogsport.de

„Das kann man nicht erzählen“

David Schröder (Junge Linke Lippstadt)

Als sich eine mögliche Niederlage der Deutschen im Zweiten Weltkrieg immer deutlicher abzeichnete, begannen die Nazis sich um die Verwischung der Spuren, die ihre Massenmorde in Osteuropa hinterließen, zu kümmern. Der Historiker Jens Hoffmann hat umfassend zu der als „geheimen Reichssache“ vollzogenen sog. „Aktion 1005“ recherchiert. Dabei herausgekommen ist das Buch „Das kann man nicht erzählen“, das Ende 2008 als Doppelband in der konkret texte-Reihe erschienen ist.

Der Autor bezieht sich im Wesentlichen auf Aussagen von überlebenden Arbeitshäftlingen und Vernehmungen ehemaliger Kommandoangehöriger um die Spurenverwischung darzustellen, die in den Standortwerken zum Nationalsozialismus sonst nur wenig Beachtung findet. Auf den über 400 Seiten schildert Hoffmann, wie die zum größten Teil jüdische Häftlinge Massengräber öffnen und Leichen auf Scheiterhaufen verbrennen mussten, Knochen zu zerkleinern und Wertgegenstände sicherzustellen hatten, um nach getaner Arbeit selbst ermordet zu werden.

In seiner Darstellung verdeutlicht Hoffmann immer wieder wie wenig und unzureichend - und oft gar nicht - die deutschen Täter für ihre Verbrechen (nicht nur) im Zuge der „Aktion 1005“ zur Rechenschaft gezogen wurden.

Neben dem Verdienst, erstmals ausführlicher zur „Aktion 1005“ gearbeitet zu haben, ist Hoffmann auch anzurechnen, dass er entgegen der Paradigmen des Nachkriegsdiskurses in Deutschland („In einer seriösen Untersuchung zur Geschichte des Nationalsozialismus kommen keine Schweine vor“, S. 15) deutsche Täter auch als deutsche Täter benennt. Auch wenn er heutigen Nazis „von Herzen“ das Schlimmste an den Hals wünscht (S. 218), verfällt er dabei nicht ins Unseriöse. Seine Recherchen haben Hand und Fuß - auch wenn Hoffmann, wie er in seinem Postskriptum schreibt, die von ihm recherchierten Täter „genauso gut zum Teufel hätte wünschen können“ (S. 411). Und wenn ihm keine anderen Quellen als dubiose Aussagen von an der Spurenverwischung beteiligten Deutschen vorliegen, macht er dies stets

transparent und zeigt Widersprüche auf. Hilfreich alleine wäre, wenn neben dem angehängten Orts- noch ein Personenregister existierte. ■

Jens Hoffmann: "Das kann man nicht erzählen". 'Aktion 1005' – Wie die Nazis die Spuren ihrer Massenmorde in Osteuropa beseitigten. konkret texte 46/47, KVV konkret, Hamburg 2008, 448 Seiten. 29,80 Euro



Impressum

decrypt – zeitschrift für diskussion und praxis

✉ decrypt@safe-mail.net
 🌐 decrypt.blogsport.de

V.i.S.d.P.: K. Meier, c/o AstA der RUB,
 Universitätsstr. 150, 44801 Bochum
 Auflage: 2.000
 Druck: Eigendruck

decrypt ist ein Projekt des Referats für Kritische Wissenschaft des AstA der Ruhr Uni Bochum. Die Artikel spiegeln die Meinungen und Positionen der AutorInnen, nicht die des Referats oder des gesamten AstA, wider.

Termine

24.-30. August – überall
Aktionswoche gegen
Abschiebung

27. August – Bonn
Die ökonomischen Grundlagen
des „deutschen Kapitals“ mit
Jörg Kronauer

🌐 einheit-und-freiheit.de

4./5. September – Dortmund
Antifa Action Days

🌐 s5.noblogs.org und
 🌐 antifaunion.blogsport.de

15. September – Duisburg
„Vertrauen“: Satirische Lesung
mit Ebermann und Trampert

🌐 antifa3d.de

24. September – Bielefeld
Freiheit und Wahn deutscher
Arbeit mit Jörg Kronauer

🌐 einheit-und-freiheit.de

+++ Ständig aktuelle Ter-
mine von Solidaritätsak-
tionen mit der iranischen
Freiheitsbewegung +++

🌐 freeirannow.wordpress.
 com/demotermine



5 Tage
15 Euro

SOMMER
SOLLE
ANTIFA

ANTIFASCAMP #9

05. - 09.08.09

DRUCKLUFT / ÜBERHAUSEN

WWW.ANTIFASCAMP.DE